



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 14. Dezember 2011 (05.01)
(OR. en)**

**11899/11
ADD 1 COR 1**

**PV/CONS 45
ENV 570**

KORRIGENDUM zum ADDENDUM zum ENTWURF EINES PROTOKOLLS

**Betr.: 3103. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 21. Juni 2011
in Luxemburg**

In Dokument 11899/11 ADD 1 muss Punkt 6 auf Seite 6 wie folgt lauten:

6. Schutz der Wasserressourcen und integrierte nachhaltige Wasserbewirtschaftung in der Europäischen Union und darüber hinaus

(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [auf Vorschlag des Vorsitzes])

- Annahme der Schlussfolgerungen des Rates
- Gedankenaustausch

11308/11 ENV 474 AGRI 437 PROCIV 79 MED 24 RELEX 631 DEVGEN 183

Der Rat nahm die in Dokument 11308/11 enthaltenen Schlussfolgerungen an.

Die Kommission erklärte, dass sie die Schlussfolgerungen des Rates nachdrücklich unterstütze, da sie den Text für ausgewogen halte und er den Absichten der Kommission entspreche.

Der Rat erörterte ferner die Erwartungen in Bezug auf das künftige Konzept für den Schutz der europäischen Wasserressourcen, das die Europäische Kommission für 2012 plant.

Die meisten Delegationen forderten, dass die Ziele der Wasserpolitik in andere Politikbereiche (insbesondere in die GAP) einbezogen werden.

Einige Delegationen hoben hervor, dass bereits Bestehendes harmonisiert werden müsste und nicht neue Gesetzgebungsakte geschaffen werden sollten. In Bezug auf Wetterextreme (insbesondere Dürre und Hochwasser) hoben sie auch Präventivmaßnahmen hervor. Viele Delegationen forderten nachdrücklich, dass regionalen Unterschieden Rechnung getragen wird, während andere auf die Notwendigkeit angemessener Instrumente und Finanzierungsmechanismen hinwiesen.

Erklärung Estlands, Litauens und Lettlands:

"Bei den Verhandlungen über internationale Abkommen über die Bewirtschaftung der Einzugsgebiete zwischen Lettland, Litauen und der Kommission einerseits und Belarus und der Russischen Föderation andererseits wurden seit 2007 keine Fortschritte erzielt. Diese Abkommen sind unserer Auffassung nach für eine besser abgestimmte Bewirtschaftung der Einzugsgebiete und einen umfassenderen Daten- und Informationsaustausch dringend erforderlich. Daher suchen wir nach Lösungen, die es uns ermöglichen, einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen herbeizuführen. Die im Laufe der Verhandlungen aufgetretenen Probleme können nicht auf Ebene der Mitgliedstaaten gelöst werden.

Unter Hinweis auf die Verhandlungsrichtlinien im Anhang des Beschlusses des Rates vom 27. Juni 2006 ersuchen wir die Kommission, dem Rat über das Ergebnis der Verhandlungen sowie gegebenenfalls über dabei auftretende Probleme Bericht zu erstatten."

=====